Klasse degradiert. Religiöse Fanatiker fürchten bereits eine „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ und setzen die Bewegung durch den Justiz- und Sicherheitsapparat unter Druck: Schon im März wurden über 30 Frauen, darunter auch Peighambarsade, bei einer öffentlichen Protestkundgebung vorübergehend festgenommen. Die Eiferer in Teheran kontern zudem mit einer verschärften Überprüfung der „islamischen Bekleidungsvorschriften“: Die jährliche Frühjahrsoffensive gegen zu kurze Frauenmäntel und allzu locker sitzende Kopftücher fiel in den vergangenen Wochen besonders restriktiv aus. 203 Mitglieder des von den Ultrakonservativen dominierten Parlaments riefen in einem offenen Brief zum Kampf gegen den „gesellschaftlichen Verfall“ auf. Wie ernst es die Hardliner meinen, bekam selbst der sittenstrenge Staatschef Ahmadinedschad, 50, zu spüren. Entgegen den rigorosen Scharia-Vorschriften hatte der Präsident seine einstige Volksschullehrerin bei einer Zeremonie zum „Tag des Lehrers“ umarmt und ihr die Hand geküsst – prompt wurde er von Eiferern für sein „unanständiges Verhalten“ an den Pranger gestellt.

NAHOST

Arabischer Brückenschlag

Es sind Bilder von hoffnungslos überfüllten Fähren und Schiffsunglücken im Roten Meer, die sich den Ägyptern ins Gedächtnis gebrannt haben. In den vergangenen Jahren kamen weit über tausend Mekka-Pilger und Gastarbeiter auf dem Seeweg nach Saudi-Arabien ums Leben. Das könnte sich nun ändern:

Nach jahrelanger Planung wollen Kairo und Riad in dieser Woche mit dem Bau einer 41 Kilometer langen Brücke über das Rote Meer beginnen. Die Verbindung soll an der Meerenge von Tiran entstehen, in der Nähe des ägyptischen Urlaubsorts Scharm al-Scheich, und bis zum saudi-arabischen Hafen Scheich Humeid führen. In drei Jahren könnte die Brücke zunächst für den Autoverkehr genutzt werden, eine Eisenbahnstrecke soll später folgen. Die geschätzten Baukosten von drei Milliarden Euro wollen sich beide Länder teilen. Das Prestigeprojekt geht auf eine Idee des ägyptischen Königs Faruk zurück, birgt allerdings auch politischen Sprengstoff. Nach dem Ende der Suezkrise wurde die Meerenge von Tiran 1957 internationalisiert, doch 1967 sperrte Ägypten die Wasserstraße erneut für die israelische Schifffahrt und löste damit den Sechstagekrieg aus. Die Regierungen in Kairo und Riad haben bereits mit den Vereinten Nationen Kontakt aufgenommen, um israelische Bedenken auszuräumen. Irritiert ist aber auch Jordanien, da die Tiran-Brücke dem jordanischen Hafen Akaba einen Großteil des Gütertransits in die Golfstaaten entziehen dürfte.

Volksabstimmung: Prognosen sagen dem populären Basescu einen sicheren Sieg voraus. Doch die Hoffnung der Europäischen Union, dass mit dem Urnengang das politische Chaos in Rumänien zu Ende geht, dürfte verfrüht sein. Denn der suspendierte Präsident will vor allem mehr Macht: Er hat sich für eine neue Verfassung ausgesprochen, die ihm erlaubt, das Parlament aufzulösen und die Regierung abzusetzen. Mit seinem Erzfeind, Ministerpräsident Călin Popescu-Tăriceanu, liegt sich Băsescu schon seit Monaten in den Haaren, die Streithähne beschimpften sich öffentlich als Kriminelle und Faschisten. Popescu-Tăriceanu hatte die Regierungskoalition mit Băsescus Demokratischer Partei aufgelöst, obwohl Brüssel mit der Streichung von Aufbauhilfen drohte. Die Staatskrise des EU-Neulings irritiert mittlerweile auch ausländische Investoren, einige Firmen verschoben bereits geplante Projekte. Gegen die stagnierenden Reformen und die Korruption im Lande will Băsescu mit aller Härte vorgehen. Während einer Auslandsreise versprach er Landsleuten, die sich eigens in einer Stierkampfarena in Spanien versammelt hatten, Rumänien aus den Händen der „Oligarchen-Millionäre“ zu befreien. Jenen 322 Abgeordneten indes, die ihn aus dem Amt gehebelt hatten, schwor er Rache: Spätestens nach der nächsten Parlamentswahl, so Băsescu scherzhaft, wolle er die Verräter vom Balkon des Parlaments stürzen.

VENEZUELA

Sozialistischer Mangel

Durch seine dirigistische Wirtschaftspolitik hat Präsident Hugo Chávez den Ölstaat in eine Versorgungskrise geführt. Zahlreiche Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Zucker, Milch, Eier und Bohnen sind aus den Regalen der Supermärkte verschwunden oder werden nur noch sporadisch verkauft. In den Geschäften stehen die Menschen für Hamsterkäufe an. Für die Mangelwirtschaft machen Experten vor allem die von der Regierung verordneten Preiskontrollen verantwortlich. Einige Geflügelfarmer und andere Lebensmittelproduzenten halten ihre Waren zurück, weil sie die Preise nicht erhöhen dürfen, denn mittels Festpreisen versucht Chávez, die Inflation in den Griff zu bekommen. Im vergangenen Jahr betrug die Teuerungsrate 19,4 Prozent. Zugleich aber boomt die Wirtschaft: Der hohe Ölpreis hat Venezuela ein Wirtschaftswachstum von zehn Prozent beschert, das Land erlebt einen Konsumrausch. Von den realsozialistischen Verhältnissen sind besonders die Armen betroffen: Sie sind auf die staatlichen „Mercal“-Supermärkte angewiesen, in denen Grundnahrungsmittel zu subventionierten Preisen verkauft werden. In den besseren Vierteln von Caracas bestechen die Kunden inzwischen die Schlachter, um sich Fleisch zu sichern. Chávez, der Venezuela in den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ führen will, hat schon eine Idee, wie er die Krise meistern könnte: mit einer Verstaatlichung der Supermärkte.

FOTOCREDIT

Supermarkt in Caracas